

Beschluss des LSVD Verbandstages 2010

### **Solidarität mit ILGA Asien**

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) fordert die Bundesregierung auf, gegenüber der Regierung Indonesiens auf die Wahrung der vollen Menschen- und Bürgerrechte für Lesben und Schwule zu pochen.

Am 26. März 2010 verhinderte eine Gruppe islamistischer Fundamentalisten im indonesischen Surabaya eine Konferenz der asiatischen Region der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA). Die mehr als 100 Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer aus zwölf Staaten wurden belagert, bedroht und eingeschüchert. Die 4. ILGA Asien Konferenz sollte vom 26. bis 28. März in der zweitgrößten Stadt Indonesiens stattfinden. Gastgeber der Veranstaltung war Indonesiens älteste schwulesbische Organisation GAYa NUSANTARA, deren Gründer und Direktor, Dede Oetomo, im internationalen Beirat der Hirschfeld-Eddy-Stiftung vertreten ist. ILGA Asien zählt mehr als 160 Mitgliedsorganisationen aus 17 asiatischen Staaten.

Obwohl die örtlichen Polizeibehörden den Organisatoren zunächst ihre Unterstützung zugesagt hatten, machten sie einen Rückzieher, als die Fundamentalisten vor Ort massive Proteste ankündigten. Man sehe sich nicht in der Lage, die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer zu schützen. ILGA Asien wurde zu einer öffentlichen Erklärung gezwungen, wonach die Konferenz offiziell abgesagt werden. Bereits am 24. März hatte das Mercure Hotel die Gäste wieder ausgeladen, obwohl Zimmer und Konferenzräume bereits bezahlt waren. Die zahlreichen Aktivistinnen und Aktivisten mussten in ein anderes Hotel ausweichen.

Am 29. März soll laut Presseberichten das indonesische Ministerium für religiöse Angelegenheiten angekündigt haben, gerichtlich gegen die Organisatoren der Konferenz vorzugehen wegen „antireligiöser Aktivitäten“.

Das Vorgehen der indonesischen Behörden ist mit der Verfassung des Landes, die auf weltlichen Prinzipien beruht und den Gleichheitsgedanken hochhält, unvereinbar. Zudem widerspricht das Vorgehen der Behörden den demokratischen Prinzipien der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit und mehreren UN Menschenrechtsabkommen, die auch Indonesien unterzeichnet hat. Antihomosexuelle Übergriffe verletzen elementare Menschenrechte wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte festgelegt sind. Das Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung schließt den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität mit ein.

Der LSVD hat das Auswärtige Amt am 30. März bereits über die Vorfälle informiert und auf die weiterhin bestehende Gefahr für die Aktivistinnen und Aktivisten von GAYa NUSANTARA hingewiesen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, gegenüber der indonesischen Regierung gegen das Vorgehen der Behörden in Surabaya zu protestieren und klarzustellen, dass die Menschenrechte universell und unteilbar sind, für alle gelten, auch für Lesben und Schwule. Die Frage, wie mit sexuellen Minderheiten in einer Gesellschaft umgegangen wird, ist immer ein Lackmustest für den Freiheits- und Reifegrad eines Gemeinwesens. In der Frage der Achtung der Menschenrechte darf es keine

Hierarchisierungen geben, der eine darf nicht mehr Menschenrechte oder größeren Schutz genießen als der andere.

*[beschlossen auf dem 22. LSVD Verbandstag am 11.04.2010 in Berlin]*